



## Protokoll der 37. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. Mai 2012, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Franz Kaufmann, Andreas Lirgg und Diego Stoll

Traktanden	Laufnummer
1. Interpellation „Hilfe für das Gewerbe“ von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion <i>://: Die vom Einwohnerrat als dringlich erklärte Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2012/222
2. Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) der Stadt Liestal – Bericht der Bau- und Planungskommission <i>://: Einstimmig stimmt der Rat dem BPK-Antrag zu und nimmt zustimmend vom LEK Kenntnis.</i> <i>://: Dem Antrag der BPK wird einstimmig zugestimmt und die Vorlage „Leitbild Natur – Visionen für Liestals Landschaftsbild“ formell abgeschrieben.</i>	2011/183 2011/183a  2008/10
3. Interpellation betreffend Nutzungskonzept für die Sanierung des Haus zur Allee von Elisabeth Spiess der Grünen Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2012/218
4. Sanierung Haus zur Allee – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Einstimmig wird ein Sanierungskredit von CHF 800'000.- genehmigt.</i> <i>://: Dem BPK-Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und dem Stadtrat empfohlen, dem Rat ein Nutzungskonzept der Liegenschaft durch Jugendarbeit und weitere Nutzer vor der Realisierung der Sanierung vorzulegen.</i> <i>://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem BPK-Antrag zugestimmt und dem Stadtrat empfohlen, die Aussenraumgestaltung gleichzeitig mit der Gebäudesanierung durchzuführen.</i>	2011/184 2011/184a
5. Waldbaulinienpläne Los 3 – Burghalden (Plan 1), Sichteren (Plan 19), Laubiboden, Weiermätteli, Munzach (Plan 20), Brüelmatten (Plan 21), Hasenbüel (Plan 23), Guetsmatten (Plan 24), Chessel (Plan 25), Weiermatt (Plan 26); Bericht der Bau- und Planungskommission <i>://: Die Waldbaulinienpläne Los 3 werden einstimmig beschlossen.</i> <i>://: Einstimmig beschliesst der Rat, dass die in diesem Bereich bestehenden Baulinienpläne gemäss Beilage zum Planungsbericht aufgehoben respektive mutiert werden.</i>	2011/194 2011/194a

- |     |  |                           |
|-----|--|---------------------------|
| 6.  | Amtsbericht 2011 – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK)<br><i>://: Gemäss Anträgen des Stadtrates und der BPK genehmigt der Einwohnerrat einstimmig den Amtsbericht 2011.</i>   | 2012/206<br>2012/206a     |
| 7.  | Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Kreis Liestal, Vertrag<br><i>://: Mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme beschliesst der Einwohnerrat, dass der Vertrag der GOR zur Vorberatung überwiesen wird.</i>   | 2012/220                  |
| 8.  | Interpellation von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Liestals Finanzen – Schriftliche Antwort Stadtrat<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>  | 2012/212<br>2012/212a     |
| 9.  | Reklame-Reglement, Ergänzung/Revision – Bericht Stadtrat zur Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion<br><i>://: Einstimmig wird die Vorlage betreffend dem Reklamereglement an die GOR zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2005/46 a-d<br>2005/46e   |
| 10. | Postulat von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend Oeko-Taxi in Liestal; Bericht Stadtrat<br><i>://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat und schreibt dieses als erfüllt ab.</i>                                      | 2009/80<br>2009/80a       |
| 11. | Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen zur Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal (Energiesparmotion) – Bericht Stadtrat; Kenntnisnahme energiepolitisches Massnahmenprogramm für die Jahre 2012-2016<br><i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i>             | 2010/134 a-b<br>2010/134c |
| 12. | Postulat betreffend „Elefantenbruggli“ und „bank-square-arch“ der einwohnerrätlichen Fraktionen<br><i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i>  | 2012/219                  |
| -   | Interpellation betreffend Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse von Regula Nebiker der SP-Fraktion<br><i>Rückzug von Vorstoss durch Interpellantin.</i>   | 2012/217                  |

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Einwohnerratssitzung.

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 24. Mai 2012:

- Die Wahl der Spezialkommission „Schulraumplanung“ musste vom Büro nochmals ausgestellt werden. Das Büro trifft sich während der heutigen Sitzungspause zu einer kurzen Sondersitzung, damit die Wahl endlich vorgenommen werden kann.
- Neukonstituierung Einwohnerrat für 2012-2016: An der Fraktionspräsidentenkonferenz vom 21.05.2012 sowie an der Bürositzung vom 24.05.2012 sind verschiedene Massnahmen und Termine im Zusammenhang mit der Neukonstituierung des Einwohnerrates für die nächste Legislaturperiode 2012-2016 besprochen und fixiert worden.
- Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 20. Juni 2012, 16.00 Uhr, statt. Nach der letzten Ratssitzung im laufenden Amtsjahr bzw. Legislatur- und Amtsperiode findet das Schlussessen statt, wozu sich die Ratsmitglieder bis am Schluss der heutigen Sitzung beim Ratsschreiber anzumelden haben.
- Zur konstituierenden Einwohnerratssitzung vom 27. Juni 2012, 17.00 Uhr, wird der Stadtrat die Ratsmitglieder der neuen Amtsperiode 2012-2016 einladen.
- Gemäss Vorschlag der Fraktionspräsidien sind vom Büro die Erneuerungswahlen des Wahlbüros, der Schulratsmitglieder und der Sozialhilfebehörde neu auf die Einwohnerratssitzung vom 29. August 2012 angeordnet worden.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Vorlagen Nr. 2012/221 – Nr. 2012/222
- Flyer „Weltküche“-Anlass vom 02. Juni 2012
- Einladung Stadtbauamt zu Energiestadt-Zertifikatübergabe vom 13.06.2012 nach bestandenem Reaudit

### **Stimmenzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| - Patrick Mägli (SP)    | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Corinne Ruesch (GL)   | B: Mitte                               |
| - Michael Bischof (FDP) | C: Seite SP, Grüne                     |

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Postulat „Grünflächenbewirtschaftungskonzept, basierend auf Landschaftsentwicklungskonzept (LEK)“ von Corinne Ruesch und Meret Franke der Grünen Fraktion (Nr. 2012/221)
- Dringliche Interpellation betreffend Hilfe für das Gewerbe von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2012/222)

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Stadtrat Ruedi Riesen darf die erfreuliche Mitteilung machen, dass man bezüglich der Ersatzbaute des alten bzw. bestehenden Manor-Gebäudes auf der Zielgeraden sei. Über das Grobkonzept hatte er bereits an einer letzten Sitzung kurz informiert. Von der Eigentümerin werden Verluste bezüglich der Nutzfläche in Kauf genommen. Die Fassadenstrukturen müssen noch definiert werden, was insbesondere entlang der Rathausstrasse nicht einfach ist.

## Traktandenliste

- *Dringliche Interpellation betreffend **Hilfe für das Gewerbe** von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2012/222)*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass die dringliche Interpellation Nr. 2012/222 den Ratsmitgliedern als Tischpapier zur Kenntnis gebracht wurde. Der Vorstoss wird an der heutigen Sitzung sofort behandelt, sollten 2/3 der anwesenden Mitglieder die Dringlichkeit des Vorstosses beschliessen. Aktuell sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt als Interpellant, sein Vorstoss sei etwas überspitzt formuliert, doch herrsche teilweise bei einigen KMU-Mitgliedern doch eine Weltuntergangsstimmung. Es ist klar, dass die Bauvorhaben im Stedtli gewisse Einschränkungen mit sich bringen. Verschiedene Gespräche zwischen den KMU und der Stadt wurden bereits geführt, doch kommt es immer wieder zu Pannen, die man nicht verstehe. Die Situation mit den Parkplätzen ist prekär und pragmatische Lösungen sollten von Fall zu Fall gefunden werden, bis dass die verschiedenen Baustellen abgeschlossen sind.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2012/222 keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Zwischenzeitlich sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

://: Einstimmig bei 1 Enthaltung wird vom Rat die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2012/222 erklärt.

- *Interpellation betreffend **Nutzungskonzept für die Sanierung des Haus zur Allee** von Elisabeth Spiess der Grünen Fraktion (Nr. 2012/218)*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) verliest den Antrag der Grünen Fraktion mit welchem verlangt wird, dass aus inhaltlichen Gründen das Traktandum Nr. 11 bzw. die Interpellation Nr. 2012/218 vorgängig dem Traktandum Nr. 2 „Sanierung Haus zur Allee“ (Nr. 2011/184) behandelt wird.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zum Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag zu, weshalb die Interpellation Nr. 2012/218 vorgängig der Vorlage Nr. 2011/184 „Sanierung Haus zur Allee“ behandelt wird.

- *Interpellation betreffend **Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse** von Regula Nebiker der SP-Fraktion (Nr. 2012/217)*

Regula Nebiker (SP) informiert darüber, dass sie ihren Vorstoss Nr. 2012/217 zurückziehe, da sie diesen als Postulat neu einreichen wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) teilt mit, er habe schon an der letzten Sitzung erklärt, dass die Umwandlung eines Vorstosses von einer Interpellation in ein Postulat nicht möglich ist. Das Traktandum Nr. 10 wird nach dem Rückzug der Interpellation Nr. 2012/217 gestrichen und das Geschäft erst nach Vorliegen eines neuen Vorstosses wieder traktandiert.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 16. Mai 2012 mit den vorgängig beschlossenen Änderungen gutgeheissen.

**356 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Dringliche Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Hilfe für das Gewerbe (Nr. 2012/222)**

Der Vorstoss hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer  
namens der SVP-Fraktion*

29. Mai 2012

***Dringliche Interpellation betreffend Hilfe für das Gewerbe***

*Liestal steht vor dem Kollaps!!! Ja, so könnte man die momentane Situation für die Innenstadtgeschäfte bezeichnen. Im Moment geht parktisch gar nichts mehr. Schuld an dieser Misere sind Koordinationsprobleme der Stadt bezüglich der vielen Baustellen. Die motorisierte Kundschaft weiss nicht mehr, wie bestimmte Geschäfte zu erreichen sind. Zwar wird versucht, mittels Wegweisern behilflich zu sein, aber das reicht bei Weitem nicht. Es sind sofortige Massnahmen gefordert.*

*Für viele Geschäfte ist die Situation dramatisch. Sie können während längerer Zeit nur mit grösster Mühe erreicht werden. Die Umsatz-Einbrüche sind enorm. Es gibt Geschäfte, die haben gerade noch den halben Umsatz. Lange können diese nicht „überleben“. Fast wöchentlich stellen wir fest, dass Geschäfte schliessen, und zwar nicht nur in den Nebengassen, sondern auch in der Rathausstrasse. So kann und darf es nicht mehr weitergehen.*

*Darum unsere Fragen an den Stadtrat:*

- 1. Ist er bereit, als Sofortmassnahme vorübergehend das Törli für den Verkehr freizugeben, damit das Zeughausplatzgebiet via Kanonengasse erreichbar ist?*
- 2. Ist er bereit, als Sofortmassnahme die Parkplätze in der hinteren Allee wieder zu öffnen?*
- 3. Ist er bereit, die diversen Baustellen-Installationen auf den noch wenigen Parkplätzen im Zentrum anders zu platzieren, damit wenigstens diese paar Parkplätze nicht auch noch wegfallen?*
- 4. Ist er bereit, mit entsprechenden Vereinbarungen zwischen der Stadt und den Tiefbauunternehmen zu erreichen, dass sich die Sanierungsarbeiten nicht unendlich dahinziehen?*

*Hanspeter Meyer*

\* \* \* \* \*

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, dass die baulichen Fragen 3 und 4 von Stadtrat Ruedi Riesen beantwortet werden. Der Aussage des Interpellanten, dass die Stadt wegen Koordinationsproblemen bezüglich der vielen Baustellen die Schuld an der Misere zu tragen habe, müsse sie widersprechen. Die Stadt habe sich diesbezüglich nichts vorwerfen zu lassen, denn all die Massnahmen im Zusammenhang mit den Baustellen sind mit den KMU-Vorstandsmitgliedern Andreas Zbinden, Martin Spiess und Marco Pulver besprochen worden. Die 1. Frage des Interpellanten muss sie verneinen, was mit den KMU-Vertretern bereits abgesprochen wurde. Auch die 2. Frage muss verneint werden: Die erwähnten Parkplätze stehen nur für den Weihnachtsverkauf zur Verfügung. In der übrigen Zeit steht dieser Platz dem Jugendzentrum, den Jugendlichen sowie den Familien und Alleebesuchern zur Verfügung. Firmen mit grösseren Umsatzeinbussen sollen sich bei der Stadtverwaltung melden, damit individuell Lösungen gesucht werden können. So ist beispielsweise bereits der Glatscharia der Glacéverkauf im Marroni-Häuschen im Stedtli bewilligt worden.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, die Antwort zur Frage 3 sei sehr eng verknüpft mit der 4. Frage. Zwei Veranstaltungen sind zusammen mit den Veranstaltern und der Anwohnerschaft abgesprochen worden und diesbezügliche Begehrlichkeiten von der Stadt entgegengenommen worden. Auch die beauftragte ortsansässige Firma ist an der Forcierung und Optimierung der Baustellen interessiert und arbeitet diesbezüglich eng mit der Stadt zusammen. Bereits im Submissionsverfahren wurde darauf geschaut, dass die Baustellen möglichst schnell realisiert werden können. Sogenannte Schnellbaustellen benötigen aber auch mehr Geräte und Maschinen und somit auch zusätzlichen Platzbedarf an Ort. Direktbetroffene Firmen sollen mit ihren Problemen bei der Stadtverwaltung vorsprechen, damit diese an den wöchentlichen Baustellensitzungen thematisiert werden können.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, die stadträtlichen Antworten befriedigen ihn nur teilweise und er wünsche die Diskussion. Er selbst konnte letzte Woche feststellen, dass bei den Baustellen wähen 1 – 2 Tagen überhaupt nichts ging, was auf die in seinem Vorstoss erwähnte Koordinationsproblematik zurückzuführen ist. Vor allem die Firmen beim Zeughausplatz müssen Umsatzeinbussen von 50 % und mehr in Kauf nehmen. Optimierungen drängen sich auf und so ist es für ihn nicht ganz nachvollziehbar, weshalb sieben Parkplätze entlang der Meyer Wiggl-Strasse für die Baustelleninstallation und das Parkieren von Baumaschinen beansprucht werden. Seine erste Frage betreffend dem Öffnen des Törlis ist natürlich ganz so ernst gemeint, denn das Problem dürfte mit dem Öffnen des Rumpels gelöst sein.

Michael Bischof (FDP) äussert, der KMU-Vorstand sei schon mehrmals auf die Baustellenproblematik angesprochen worden. Nachträglich muss man schon zugestehen, dass das zeitgleiche Bauen beim Bücheli und Zeughausplatz wohl schon ein Fehler war. Herr Smecca an der Büchelistrasse machte überhaupt keinen Umsatz mehr, hatte sein Geschäft geschlossen und in einem Schreiben an die Stadt seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Die Antwort der Stadt auf dieses Angebot ist noch ausstehend. Die Gartenwirtschaft beim Restaurant Bären steht inmitten Baumaschinen und die erwähnte Gastwirtschaft muss im Moment bereits zum dritten Mal in Kürze Umsatzeinbussen wegen Baustellen der Stadt in Kauf nehmen. Heute ist Warenmarkt in Liestal und der Verkehrsfluss beim Wasserturmplatz war wegen der gesperrten Büchelistrasse verstopft. Beim nächsten Grossanlass im Stedtli sollten die Automobilisten deshalb möglichst früh auf Verkehrsbehinderungen und freie Parkplätze aufmerksam gemacht werden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, sie habe heute erfahren, dass der Rumpel bereits wieder offen sei. Sie möchte nochmals betonen, dass sich Firmen mit grösseren Umsatzeinbussen bei der Stadt melden sollen, damit nach Lösungen gesucht werden kann.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch der Inhaber vom Bettenhaus habe ihr erklärt, er müsse sein Geschäft wegen fehlendem Umsatz schliessen.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass der Bettenhaus-Ladenbesitzer von der Stadt zu einer Besprechung eingeladen wurde, dieser jedoch nicht erschienen ist. Auch ist er der Meinung, dass die Zufahrt von der Rathausstrasse durch die Rosengasse zum Zeughausplatz immer möglich war. Es erstaunt ihn deshalb, hören zu müssen, dass der Zeughausplatz gesperrt sei.

Peter Küng (SP) äussert, das Problem dürfte nicht die Erreichbarkeit des Stedtli sein. Viel mehr abschrecken dürften all die orangen Hinweis- und Signalisationstafeln, welche auf verschiedene Umleitungen hinweisen. Den Stadtrat möchte er bitten, dass er den Detaillisten bezüglich weiteren Baustellen in den nächsten zwei Jahren wieder etwas Schnauf geben wird, denn nach den letzten drei Jahren sind keine Reserven mehr vorhanden, mit welchen weitere Umsatzeinbussen überbrückt werden könnten.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf den Aufruf der Stadtpräsidentin und schlägt vor, dass sich der Stadtrat bei den betroffenen Firmen melden und einen ersten Schritt machen sollte.

Martin Spiess (FDP) glaubt, dass das eigentliche Problem für die Detaillisten darin liegen dürfte, dass die Kundschaft wegen fehlender Parkplätze gar nicht mehr zum Einkaufen nach Liestal kommt. Dass die zwei Baustellen zeitgleich ausgeführt werden, ist auch seitens KMU befürwortet worden. Auch kann er die Aussage von Stadtrat Ruedi Riesen unterstreichen, dass der Zeughausplatz immer erreichbar war.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf den Vorschlag ihrer Vorrednerin und gibt bekannt, dass vor Beginn einer Baustelle die Anwohnerschaft vom Stadtbauamt immer informiert wurde. Stadtrat und Verwaltung ist ein lösungsorientiertes Schaffen wichtig.

Beat Gränicher (SVP) berichtet, er habe die Baustellen-Informationsveranstaltung besucht und bei dieser auch den Bettenhaus-Betreiber gesichtet, welcher präsent war. Bereits an der erwähnten Orientierungssitzung hatte er um einfache und lesbare Pläne gebeten, mit welchen die Automobilisten auf die Parkiermöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Bei einem Besuch der Stadtpräsidentin und des Stadtverwalters vor rund zwei Jahren im Coop Stabhof war auch die neue Abfallentsorgungsanlage in der Kanonengasse ein Thema. Der für die Unterflurcontainer belegte Platz ist nach wie vor unbenutzt, kann aber auch nach wie vor nicht als provisorischer Parkplatz genutzt werden. Es wäre sicher nicht zu viel verlangt, würde der Stadtrat mit etwas Entgegenkommen einen Teil der Parkplätze der hinteren Allee temporär zur Verfügung stellen. Es gehe heute nicht um den Erhalt oder die Schaffung zusätzlicher Parkplätze, sondern um den Erhalt von Arbeitsplätzen. In seiner Verkaufsgruppe mit 31 Geschäften war er bis anhin betreffend der Kundenzahlen im ersten Drittel, während den letzten Pfingsttagen musste er mit dem zweitletzten Platz vorlieb nehmen. Am heutigen Morgen und Markttag hatten ihm auch mindestens 20 Kunden gesagt, dass sie nicht wissen, wie sie ins Stedtli gelangen können. Er erwarte vom Stadtrat, dass er die Problematik der KMU im Stedtli nun wirklich erkennt und diesen auch etwas entgegenkommen wird.

Stadtrat Ruedi Riesen versteht die emotionalen Ausführungen seines Vorredners. Er hofft, dass sich für alle die Situation mit der Eröffnung des neuen Manors und der Ziegelhof-Überbauung ändern wird und dann die Leidenszeit auch für die KMU vorbei sein wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen gemäss Interpellation Nr. 2012/222.*

**357 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) – Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2011/183, Nr. 2011/183a)**

**Leitbild Natur – Visionen für Liestals Landschaftsbild (Nr. 2008/10)**

Matthias Zimmermann (SP) hält kurz die wichtigsten Punkte des BPK-Kommissionsberichtes fest: Das Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) ist ein ausserordentlich wertvolles Werk. Einige Aussagen bezüglich Geschichte und Hintergrund werden unter Punkt 2.1 des Berichtes gemacht. Das LEK selber hat direkt keine rechtliche Wirkung, sondern ist Grundlage für Bewirtschaftungsverträge in der Landwirtschaft, für Baubewilligungen, für weitere Revisionen bei Landschaftsplänen und des Zonenplanes Siedlung. Im LEK sind einige gute Beispiele wie der Oristalbach im Masterplan Nord, der Weiher beim Bad Schauenburg, das Uno-Gebäude mit Nistplätzen für die Mauersegler usw. aufgeführt.

Das „Leitbild Natur“ gemäss stadträtlicher Vorlage Nr. 2008/10 wurde im LEK integriert, weshalb die BPK dem Rat beantragt, die Vorlage Nr. 2008/10 formell abzuschreiben.

Entgegen dem stadträtlichen Antrag beantragt die BPK dem Rat, vom LEK Kenntnis zu nehmen und dieses nicht zu genehmigen. Das LEK ist eine wissenschaftliche Grundlage und hat keine Rechtsverbindlichkeit, weshalb der Kommissionsantrag Nr. 3.1 sicher ein guter Kompromiss ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) würdigt die geleisteten Arbeiten der Landschaftskommission, welche mit viel Einsatz den Massnahmenkatalog mit konkreten Zielformulierungen erarbeitet hat. Wichtig ist bei den weiteren Arbeiten auch die Zusammenarbeit und der Einbezug der Grundeigentümer sowie der Öffentlichkeit. Das LEK müsste der Bevölkerung noch näher gebracht werden. Ihre Fraktion findet es sinnvoll und notwendig, dass im Amtsbericht zwingend über das LEK informiert wird. Ihre Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Regula Nebiker (SP) meint, das LEK sei gut lesbar und auch erlebbar. Ihre gefalle besonders gut, dass das LEK keinen Total-Naturschutz beinhaltet, sondern dass man von einer Kulturlandschaft ausgeht. Die Zielsetzungen sind konkret formuliert und Schwerpunkte werden gesetzt. Sie vermisst lediglich, dass im LEK die Aufgaben und Rollen der Partner wie beispielsweise die Bürgergemeinde, die Landwirte usw. nicht definiert sind. Ihre Fraktion erwarte, dass das LEK noch sichtbarer und der Bevölkerung besser bekannt gemacht wird. Die SP-Fraktion wird beide BPK-Anträge sowie die Zielsetzungen und Massnahmen des LEK unterstützen

Meret Franke (GL) sagt, auch ihre Fraktion heisse die BPK-Anträge gut und habe Freude am LEK. Das LEK ist ein verpflichtendes zukunftsweisendes Grundlagenpapier, mit welchem der Grundstein für den Zonenplan Landschaft, für den Umgang mit der Natur bei Bauvorhaben oder für die Gestaltung und den Unterhalt von öffentlichen Grünflächen gelegt wird. Die Stadt Liestal ist verpflichtet, Verantwortung für unsere Landschaft und den Erhalt unserer Artenvielfalt zu übernehmen, wofür das LEK eine grosse Zahl an Massnahmen aufzeigt.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, auch seine Fraktion wird die BPK-Anträge einstimmig unterstützen. Wichtig ist es auch, dass man die Bevölkerung am Schutz der Natur auch teilhaben lässt.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, seine Fraktion anerkenne die grossen Arbeiten, welche im Zusammenhang mit der LEK-Erstellung geleistet wurden. Das LEK beinhaltet den landschaftlichen Ist-Zustand, zeigt aber auch Visionen bezüglich der Entwicklung von Flora und Fauna auf. Der Katalog mit 119 Einzelmassnahmen ist äusserst umfangreich ausgefallen und im Zusammenhang mit der Umsetzung ist eine Priorisierung unbedingt notwendig. Unterstützt wird auch die Aussage des Landschaftskommissionspräsidenten bezüglich der

Freiwilligkeit bei der Umsetzung der Massnahmen, welche die Grundeigentümer betreffen. Etwas problematischer dürften die zahlreichen Massnahmen sein, welche eine Änderung der Zonenordnung erfordern, denn spätestens dann dürfte die Freiwilligkeit aufhören. In der Folge darf dann das Zonenreglement nicht zu einem Reglementierungsdschungel verkommen. Auch nimmt man zur Kenntnis, dass sich bei der kompletten Umsetzung aller Massnahmen die jährlich wiederkehrenden Kosten auf maximal CHF 40'000.- belaufen werden. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen der BPK zustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die gute Aufnahme im Rat. Den Mitgliedern der Landschaftskommission sowie Mitarbeitern des Stadtbauamtes wird der beste Dank für die geleisteten Arbeiten ausgesprochen. Im Zusammenhang mit der Quartierplanung Weierweg ist es möglich, dass der Oristalbach basierend auf der Freiwilligkeit und Zustimmung der Eigentümer ausgedehnt werden kann. Er kann ebenfalls die Voten bezüglich einer vermehrten Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem BPK-Antrag zu und nimmt zustimmend vom Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) Kenntnis (Nr. 2011/183).

://: Dem Antrag der BPK wird einstimmig zugestimmt und die Einwohnerratsvorlage „Leitbild Natur – Visionen für Liestals Landschaftsbild“ (Nr. 2008/10) formell abgeschrieben.

**358 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Interpellation betreffend Nutzungskonzept für die Sanierung des Hauses zur Allee von Elisabeth Spiess der Grünen Fraktion (Nr. 2012/218)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
Grüne Fraktion*

**Interpellation**

*Nutzungskonzept für die Sanierung des Haus zur Allee*

*Bereits im Entwicklungsplan 2008-2012 ist die Sanierung des Haus zur Allee aufgeführt, jedoch, mit dem Hinweis, dass zuerst ein Nutzungskonzept erarbeitet werden muss, in der zeitlichen Priorität noch nicht definiert. In der Vorlage 2009/66 zur Abschreibung des Postulats „Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee“ (Nr. 2004/11) konnten wir dann lesen:*

*Die Jugendkommission Liestal hat an verschiedenen Sitzungen unter Einbezug der Jugendtreffpunkt-Leitung über ein erweitertes Nutzungskonzept für den Jugendtreffpunkt beraten und ein Rahmenkonzept erarbeitet.*

*Im Entwicklungsplan 2010-2014 ist das Haus zur Allee schliesslich terminiert und im Voranschlag 2012 aufgenommen. Nun wird die Sanierung des Haus zur Allee zu Gunsten der 2. Etappe des Bushofs zurückgestellt, weil ein hinreichendes Nutzungskonzept fehlt.*

*Uns bereitet der lange Vorlauf dieses Projekts ohne genügendes Ergebnis Sorgen. Wir bitten deshalb den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:*

*Weshalb gelang es nicht mit der Vorlage zur Sanierung des Haus zur Allee ein hinreichendes Nutzungskonzept vorzulegen, das die Frage nach der Organisation des Betriebs des gesamten Hauses (nicht nur des Jugendtreffpunkts) beantwortet?*

*Welche Fachpersonen in der Verwaltung und welche externen Fachpersonen stehen der Stadt für solche Fragen im Jugendbereich zur Verfügung?*

*Wie viele Arbeitsstunden wurden bisher bei der Stadt und von Externen ungefähr für das Nutzungskonzept aufgewendet?*

*Bis wann darf ein umfassendes Nutzungskonzept erwartet werden, welches die Organisation der Nutzung des Hauses durch die unterschiedlichen Zielgruppen aufzeigt und hinreichend ist für den Beschluss zur Sanierung des Haus zur Allee?*

*Wie plant der Stadtrat sicher zu stellen, dass solche Verzögerungen im Bereich Jugend nicht mehr geschehen?*

*Elisabeth Spiess*

*Liestal, 23. April 2012*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) macht darauf aufmerksam, dass im Zusammenhang mit der vorgängigen Beschlussfassung hinsichtlich mit der Traktandenlisten-Bereinigung entschieden wurde, dass die Interpellation Nr. 2012/218 vorgängig der Vorlage Nr. 2011/184 behandelt werden soll.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass die Sanierungsarbeiten nicht wegen dem fehlenden Nutzungskonzept zurückgestellt wurden, wie dies in der Interpellation erwähnt wird. Der Stadtrat hatte die Sanierungsarbeiten zu Gunsten des Projektes Bushof 2 zurückgestellt. Zu den Fragen der Interpellantin kann sie wie folgt Stellung nehmen:

Ein erstes Nutzungskonzept in Form von Grundsätzen ist von der Jugendkommission im Jahre 2009 erarbeitet worden. Die Erweiterung und definitive Ausgestaltung hatte wegen verschiedenen Mutationen in der Jugendkommission sowie längeren krankheitsbedingten Abwesenheit des zuständigen Bereichsleitenden zu Verzögerungen geführt.

Seit 1. März 2012 steht Herr René Frei, Bereichsleiter Sicherheit/Soziales, als Fachperson für Fragen im Jugendbereich zur Verfügung.

Das überarbeitete und ausformulierte Nutzungskonzept liegt seit 17. März 2012 vor und ist der BPK übergeben worden. Nicht verständlich ist die Frage betreffend einer Nutzung des Hauses durch unterschiedliche Zielgruppen. Denn das Jugendzentrum soll als solches für unterschiedliche Aktivitäten, unter Berücksichtigung der Genderarbeit oder von altersspezifischen Angeboten, zur Verfügung gestellt werden.

Wie bereits erwähnt, ist seit 1. März 2012 die Bereichsleiterstelle Sicherheit/Soziales wieder besetzt. Der Stadtrat und der neue Bereichsleiter haben die Wichtigkeit der Jugendarbeit erkannt und übernehmen auch die Verantwortung für den Jugendbereich. Im Juni wird die Jugendkommission gewählt, welche den Stadtrat beratend unterstützen wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) dankt für die Ausführungen der Stadtpräsidentin und stellt fest, dass die dritte Frage noch unbeantwortet ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, dass die Frage bezüglich der geleisteten Arbeitsstunden für die Ausarbeitung des Nutzungskonzeptes nicht mit konkreten Zahlen beantworten kann. Das Konzept ist von der Jugendkommission erarbeitet und anschliessend von der Verwaltung während der normalen Arbeitszeit angereichert worden. Eine Stundenkontrolle kann nicht explizit ausgewiesen werden.

Elisabeth Spiess (GL) meint als Interpellantin, sie sei mit den Antworten nur teilweise zufrieden und wünsche die Diskussion.

Sie dankt für die stadrätlichen Antworten, welche aber die im Vorstoss geäusserte Ungeduld nicht zu befriedigen vermögen. Die heutige Jugend ist wichtig für die Zukunft und so ist es kaum verständlich, dass beispielsweise nach mehr als acht Jahren eine weitere Verschiebung betreffend der Sanierung des Jugendzentrums zur Kenntnis genommen werden muss. Die Verschiebung wird nun mit dem Neubau am Bahnhof begründet. Die Jugendkommission hatte unter Einbezug der Jugendhausleitung ein Rahmenkonzept erarbeitet und dieses als Skizze abgegeben. Es gibt noch keine Antworten zu Fragen betreffend eine erweiterte Nutzung beim Haus zur Allee. Die Jugendkommission kann sich nur beratend einbringen und der Stadtrat hat für die Ausarbeitung eines Nutzungskonzeptes verantwortlich zu zeichnen. Die Verzögerungen können nicht der Jugendkommission angelastet werden und es sollten nun Fachleute beigezogen werden. Diese sollten ein Grundlagenpapier erarbeiten, welches den Namen Konzept dann auch verdient, denn bis jetzt liegen nur Entwürfe und Skizzen vor. Das Konzept kann bzw. muss die Nutzung einrahmen und klar die Nutzer der Liegenschaft benennen. Gerade das inhaltliche Vakuum dürfte der Grund dafür sein, dass die Sanierung immer wieder hinausgeschoben wurde. Es ist logisch und folgerichtig, dass mit der BPK-Vorlage Nr. 2011/184a ein Nutzungskonzept verlangt wird, welches noch vor Beginn der Sanierungsarbeiten einzureichen ist. Auch ist ihre Fraktion der Meinung, dass kein Bauvorhaben der Erarbeitung des Nutzungskonzeptes für das Haus zur Allee im Weg stehen kann.

Corinne Ruesch (GL) bemerkt, sie habe vor rund acht Jahren ihr erstes Votum als Einwohnerrätin betreffend dem Haus zur Allee bzw. Joy abgegeben, als die Überweisung eines Postulates der FDP-Fraktion betreffend der Nutzung des Joy im Rat diskutiert wurde. Im April 2005 konnte man erahnen, dass es etwas länger dauern dürfte, als von der Stadtpräsidentin die Bildung einer Kommission vorangezeigt wurde. Im Dezember 2006 ging es um die Abschreibung des erwähnten Postulates und dabei konnte man erfahren, dass der Bericht zum Postulat erst im Jahre 2007 erwartet werden kann. Gleichzeitig konnte man dem Entwicklungsplan entnehmen, dass die Sanierungsarbeiten im Jahre 2011 ausgeführt werden sollen. In der FIKO wurde diskutiert, ob diese Arbeiten nicht vorgezogen werden könnten. Im Kommissionsbericht ist dann auch erwähnt worden, dass mit den Sanierungsarbeiten nach Vorliegen eines Betriebskonzeptes begonnen werden soll. Fünf Jahre später wird von der BPK mit der Vorlage Nr. 2011/184a dieselbe Forderung nochmals gestellt. Beim Lesen des Amtsberichtes 2008 hätte man eigentlich das Gefühl bekommen können, dass bereits ein ausgereiftes Nutzungskonzept vorliegt. Eine diesbezügliche gestellte Frage der GPK ist vom Stadtrat damit beantwortet worden, dass das Nutzungskonzept bis im August 2009 dem Rat vorgelegt werden kann. Mehrheitlich wurde dann vom Rat auch das Postulat abgeschrieben, obwohl vom Stadtrat in wenigen Sätzen nur ein paar Ideen betreffend der künftigen Nutzung des Joy formuliert wurden. Es ist frustrierend, dass während mehreren Jahren über ein Nutzungskonzept diskutiert wurde, welches nach wie vor nicht vorliegt. An der heutigen Sitzung wird der Rat über die Sanierung „Haus zur Allee“ zu beschliessen haben und die Kreditbewilligung wird davon abhängig gemacht, dass vom Stadtrat noch ein Nutzungskonzept vorzulegen ist. Enttäuschend ist auch, dass von engagierten Jugendlichen, Erwachsenen, Studenten der Fachhochschule usw. viel Arbeit geleistet wurde, doch hatte es der Stadtrat nicht geschafft, aus den unterbreiteten Ideen und Vorschlägen ein Konzept auszuarbeiten. In dem sogenannten Nutzungskonzept wird auch der Ideenkatalog der Jugendlichen sowie der FHNW-Studenten mit keinem einzigen Wort erwähnt und es ist schon fast etwas zynisch, dass die Quellen der Ideenlieferanten nicht erwähnt werden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass zwischen dem Nutzungskonzept und einem Betreiberkonzept keine Vermischung stattfinden sollte. Sie wehre sich dagegen, dass aus dem Haus zur Allee ein Vereinshaus entstehen solle. Die Nutzung des Jugendhauses darf keine Einschränkungen betreffend der Betriebszeiten erfahren. Die von ihrer Vorrednerin erwähnte Postulatsabschreibung ist vom Einwohnerrat im Zusammenhang mit der beantragten Jugendbeauftragten-Stelle beschlossen worden. Und es ist klar, dass die Aussenraumgestaltung erst nach der Gebäudesanierung stattfinden kann. Die künftige Liegenschaftsnutzung basiert auf dem vorliegenden Nutzungskonzept und das Betreiberkonzept muss von der Verwaltung, in Absprache mit der Jugendhausleitung, noch erstellt werden. Das der BPK übergebene mehrseitige Nutzungskonzept ist umfassend und sollte genug darüber aussagen, was künftig im Haus zur Allee stattfinden wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen gemäss Interpellation Nr. 2012/218.*

**359 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Sanierung Haus zur Allee – Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2011/184, Nr. 2011/184a)**

Matthias Zimmermann (SP) hält als BPK-Präsident die wichtigsten Punkte des Kommissionsberichtes gemäss Vorlage Nr. 2011/184a fest: Die vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen sind in der Kommission sehr intensiv hinterfragt worden. Das Haus zur Allee steht als öffentliches Gebäude praktisch zuhinterst im Stratus-Programm. Eine Sanierung des Gebäudes macht aus verschiedenen Gründen Sinn, was im BPK-Bericht auch erwähnt ist, doch soll vor Beginn der Sanierungsarbeiten dem Einwohnerrat ein Nutzungskonzept für die Liegenschaft vorgelegt werden. Die BPK befürwortet auch, dass die Aussenraumgestaltung gleichzeitig mit der Gebäudesanierung durchgeführt werden soll.

Hinsichtlich der BPK-Anträge Nr. 3.2 und Nr. 3.3 ist er kurz vor der heutigen Sitzung darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Einwohnerrat keine Auftragserteilung an den Stadtrat beschliessen, sondern nur Empfehlungen abgeben kann. Die beiden Anträge sind deshalb entsprechend zu korrigieren.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) erklärt, dass die BPK-Anträge tatsächlich umformuliert werden müssen, da der Einwohnerrat dem Stadtrat keine Aufträge erteilen kann. Der Rat ist über die diesbezüglichen Abklärungen des Büros mit Herrn Daniel Schwörer des Kantons bereits an einer vergangenen Sitzung informiert worden.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, das Projekt stehe im Kontext mit seiner Umgebung und dem Büro der Velostation. Im Zusammenhang mit der Einrichtung des Velostation-Büros sind von der Stadt Vorleistungen bezüglich der Heizung usw. erbracht worden. Vom Architekten ist die Aussenraumgestaltung der Allee beim vorliegenden Sanierungsprojekt mitberücksichtigt worden. Die BPK-Empfehlung gemäss Antrag 3.3 bezüglich der Aussenraumgestaltung ist vom Stadtrat noch im Voranschlag einzustellen. Der Sanierungsbedarf vom Haus zur Allee ist wohl unbestritten und muss an dieser Stelle nicht nochmals begründet werden. Gemäss Antrag 3.2 wird von der BPK ein Nutzungskonzept verlangt. Anstelle dem Begriff Nutzungskonzept sollte man wohl eher von einem Nutzungsprogramm, Bewirtschaftungsplan, Betriebsplan usw. reden. Bei der Planung der Sanierungsarbeiten hatte man extra darauf geschaut, dass die Liegenschaft künftig vielfältig genutzt werden kann, indem man beispielsweise den Treppenaufgang verlegt und auch die Räume anders aufgeteilt hatte.

Lorenz Rudin (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion unterstütze die vorgeschlagene Gebäudesanierung. Aus der Optik einer möglichst flexiblen Nutzung des Gebäudes durch die offene Jugendarbeit macht die geplante Sanierung Sinn. Baulich betrachtet hat die geplante Sanierung einen optimalen Kosten- und Nutzeneffekt, bringt mehr Komfort und auch ein tieferer Energieverbrauch wird möglich sein. Den Anträgen 3.1 und 3.2 der BPK wird die FDP-Fraktion zustimmen. Hingegen wird man den BPK-Antrag 3.3 betreffend der gleichzeitigen Durchführung der Gebäudesanierung mit der Aussenraumgestaltung ablehnen. Die Aussenraumgestaltung ist eine eigenständige Bautätigkeit und war ausser einer Erwähnung im Entwicklungsplan noch nie ein Thema im Einwohnerrat. Die letzte Verschiebung der Sanierung des Hauses zur Allee zeigt, dass der Stadtrat mit dem Investitionszeitpunkt flexibel umgeht. Man möchte deshalb kein künstliches finanzielles Grossprojekt mit der Gebäudesanierung verkoppeln. Beide Projekte können und sollen unabhängig voneinander realisiert werden. Die Gebäudesanierung sollte möglichst rasch realisiert werden und sollte nicht anstehen müssen, bis dass auch die Aussenraumgestaltung in Angriff genommen werden kann.

Hanspeter Zumsteg (GL) orientiert, die Erhaltenswürdigkeit des Gebäudes und der Sanierungsbedarf war in der BPK rasch klar. Die Forderung der Grünen nach energetischen Verbesserungsmaßnahmen wurde aus Kostengründen abgelehnt, dies wohl nach dem Motto „Energienstadt-Label ja, aber bitte zum Nulltarif“. Die multifunktionale Nutzung des Gebäudes wurde ebenfalls lange diskutiert und das der BPK ausgehändigte Nutzungskonzept hat sich als alte Nutzungskonzept-Skizze aus dem Jahre 2009 entpuppt. Dieses Papier ist von der BPK deshalb auch als unbrauchbar zurückgewiesen worden. Auch in der zweiten Version des sogenannten Nutzungskonzeptes sind leider viele der verlangten Punkte nicht aufgenommen worden. So beispielsweise die Bezeichnung einer kompetenten Ansprechperson in der Verwaltung bezüglich der Nutzung der Liegenschaft; der Beizug der Jugendkommission, der Jugendhausbetreuung und auch der Velostation; die Definition der möglichen Nutzergruppen; die Nutzung der Liegenschaft während Schulferien; der Einbezug der näheren Allee-Umgebung usw. Unverständlich ist es auch, dass im Nutzungskonzept die Hausordnung mit möglichen Sanktionen aufgeführt wird. Auch die zweite Version des Nutzungskonzeptes genügte der BPK nicht. Es braucht nun ein Nutzungskonzept, das diesen Namen auch verdient. Dieses müsste wohl von einer Fachperson ausgearbeitet werden, da es in der Verwaltung an zuständigen Personen für den Bereich Jugend fehlt. Bei der Beratung der vorliegenden Vorlage ist von der BPK festgestellt worden, dass sie für Fragen bzgl. der Nutzung des Hauses zur Allee nicht die richtige Kommission sei. Seine Fraktion schlägt vor, dass künftig für die immer wichtiger werdenden Fragen wie Jugend, Integration, Alter usw. eine neue Kommission „Soziales“ gebildet werden sollte. Wegen dem nach wie vor fehlenden Nutzungskonzept war das Geschäft nicht spruchreif für die Kommissionsberatung und hatte viel zu viel Zeit beansprucht. Die drei BPK-Anträge zeigen, dass das Projekt erst bei Vorliegen eines Nutzungskonzeptes umgesetzt werden kann. Für ihn ist es ein Novum, dass der Einwohnerrat einen Sanierungskredit genehmigt, die Bauarbeiten aber wegen fehlenden Grundlagenpapieren verschoben werden müssen. Seine Fraktion wird einstimmig alle drei BPK-Anträge unterstützen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) orientiert, die Notwendigkeit einer Gebäudesanierung sei in ihrer Fraktion unbestritten. Bis jetzt hatte das Jugendsozialwerk des Blauen Kreuzes die alleinige Befugnis betreffend der Nutzung des Hauses zur Allee gemäss Leistungsvereinbarung. Nun braucht es aber eine Anpassung des Grundnutzungsprogrammes, doch möchten nicht alle ihrer Fraktion die Sanierung von einem Nutzungsprogramm abhängig machen. Und das Blaue Kreuz kann künftig auch nicht alleinige Mieterin der Liegenschaft sein, zumal die vielen Leerzeiten besetzt werden sollten. Eine Ansprechperson der Stadt müsste für die diesbezüglichen Dispositionen bezeichnet werden. Eine Nutzung der Liegenschaft sollte auch während den Schulferien möglich sein. Erst vor kurzer Zeit mussten die Jugendzentren in Reigoldswil und Ziefen nach vorgenommenen Sanierungsarbeiten mangels Interesse geschlossen werden, was in Liestal hoffentlich nicht eintreffen wird. Greifbare Ideen für weitere zusätzliche Nutzungen der Liegenschaft sind aber nötig. Erst nach der Liegenschaftssanierung sollte der Vorplatz bzw. der Aussenraum neu gestaltet werden, denn die Ausführung solcher Arbeiten vor oder während der Gebäudesanierung macht wenig Sinn. Ebenfalls sollte die Allee bei anderen Bauvorhaben nicht als Abstellplatz verwendet werden. In ihrer Fraktion ist visionär auch das Aufleben des alten Feuerwehrweihers thematisiert worden. Vielleicht kann der Allee die gute alte Zeit wieder zurückgegeben werden, als sie noch kein Kiffertreff war. Ihre Fraktion wird mehrheitlich den Anträgen der BPK zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, die SP-Fraktion wird dem Sanierungskredit zustimmen und begrüsst auch die baulichen Verbesserungen. Seine Fraktion vertritt die Meinung, dass das Blaue Kreuz nicht alleinige Nutzerin und Bewirtschafterin der Liegenschaft sein kann. Die vielen Leerzeiten könnten von anderen Interessengruppen besser genutzt werden und für die Bewirtschaftung der Liegenschaft müsste die Stadt verantwortlich zeichnen. Bereits an einer letzten Ratssitzung hatte er gesagt, dass die Jugendarbeit nicht bei der Türschwelle aufhöre, und deshalb ist es wichtig, dass auch die Aussenraumgestaltung realisiert wird. Dies muss aber nicht zwingend zusammen mit der Gebäudesanierung passieren, wie es von

der BPK vorgeschlagen und beantragt wird. Es erstaunt ihn schon etwas, dass sich die FDP-Fraktion gegen die Aussenraumgestaltung ausspricht, zumal diese von ihrem früheren Fraktionsmitglied Hans Brodbeck mit dem Postulat Nr. 2007/160 verlangt wurde. Bezüglich der Nutzung der Liegenschaft sehe er nicht ein, weshalb diesbezüglich eine Generationentrennung vorgenommen werden soll. Mit der Powerblock-Idee könnte er sich anfreunden, doch soll das Haus zur Allee zu keinem weiteren Konsumtempel gemacht werden.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, seine Fraktion war betreffend der stadträtlichen Vorlage anfangs skeptisch, da Grundlagen wie das Jugendkonzept usw. fehlten. Der Jugentreffpunkt in Liestal wird eine gewisse Zentrumsfunktion haben, nachdem einige Treffpunkte in Nachbargemeinden geschlossen wurden. Die Sanierungsbedürftigkeit beim Haus zur Allee ist unbestritten und dieses soll künftig nicht alleine nur für die Jugendarbeit genutzt werden. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen, wobei beim dritten Antrag die Meinungen nicht geschlossen sind.

Adrian Mächler (FDP) hält fest, dass es beim aktuell diskutierten Projekt um die Sanierung einer stadteigenen Liegenschaft gehe. Diese wird nicht alle fünf Jahre saniert und ist in der Vergangenheit vielmehr alle fünf Jahre umgebaut worden. Mit dem vorliegenden Projekt wurde ein flexibles Raumprogramm gemacht. Wie lange will der Rat denn nun noch über die Nutzung der Liegenschaft diskutieren? Hören die Ratsmitglieder einander überhaupt zu? Zuerst wurde die Nutzung des Joy im Zusammenhang mit der Interpellation Nr. 2012/218 diskutiert und nach dem längeren Monolog der Interpellantin werden deren Aussagen gleich nochmals vom Sprecher der Grünen Fraktion bei der Beratung der Vorlage Nr. 2011/184 wiederholt. Die Ratsmitglieder möchten sich nun doch bitte zur Bauvorlage äussern und auf weitere Debatten bezüglich der Nutzung verzichten. Den Vorwurf, dass seine Fraktion die Aussenraumgestaltung in der Allee nicht wolle, weise er klar zurück. Die FDP-Fraktion will lediglich, dass die Gebäudesanierung nun vorgenommen bzw. nicht mit der Aussenraumgestaltung verknüpft wird, wie dies mit dem dritten BPK-Antrag verlangt wird. Bei einer Gutheissung dieses Antrages müsste mit der Liegenschaftssanierung zugewartet werden. Der Kommissionsbericht der BPK ist gut und ausführlich. Er findet es deshalb schon auch etwas komisch, dass nun einige BPK-Mitglieder nicht mehr die gleiche Sprache sprechen, was die Beratung nicht vereinfacht.

Pascal Porchet (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Walter Leimgruber und hält betreffend der Verknüpfung der Aussenraumgestaltung mit der Gebäudesanierung fest, dass vor fünf Jahren der Kiwanis Club Liestal der Stadt den Betrag von CHF 25'000.- für die Platzgestaltung in der Allee schenken wollte. Es wurde dann eine Arbeitsgruppe mit vielen Teilnehmern gebildet. Die Stadt und die Arbeitsgruppe hatten es nicht geschafft, das Projekt in der auf zwei Jahre befristeten Zeit zu realisieren. Vom Kiwanis Club ist deshalb die Beitragszusicherung zurückgenommen worden. Im Kiwanis-Jubiläumsjahr ist dann der Betrag von CHF 40'000.- der Eingliederungsstätte gespendet worden. Aus diesem Grund wehre er sich gegen eine Verknüpfung weiterer Geschäfte, denn bei einer Gutheissung des dritten BPK-Antrages würde auch die Gebäudesanierung wieder für längere Zeit hinausgeschoben.

Corinne Ruesch (GL) nimmt Bezug auf die von Adrian Mächler gemachten Aussagen und bemerkt, dass der Rat ja wohl kaum einen Baukredit bewilligen kann, die künftige Nutzung der zu sanierenden Liegenschaft aber nicht bekannt ist. Widersprüchlich ist auch, dass das Haus zur Allee gemäss Stadtpräsidentin Regula Gysin weiterhin für die Jugendarbeit zur Verfügung stehen soll, Stadtrat Ruedi Riesen aber für eine vielseitige Nutzung der Liegenschaft plädiert, welche gar für Privatanlässe gemietet werden könnte. Ist es denn möglich und praktikabel, dass beispielsweise die Jugendlichen im Erdgeschoss eine Disco organisieren und im Obergeschoss gleichzeitig ein Privatanlass stattfinden soll? Solche und weitere Fragen dürften dann schlussendlich auch bauliche Massnahmen mit sich bringen. Und nur mit einem Nutzungskonzept können die Antworten zu diesen Fragen geliefert werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält nochmals fest, dass der Rat im Zusammenhang mit dem zweiten und dritten BPK-Antrag keine Aufträge an den Stadtrat erteilen, sondern nur Empfehlungen abgeben kann. Diese Nuance sollte bei den weiteren Voten beachtet werden.

Pascal Porchet (FDP) weist darauf hin, dass vom Rat aktuell auch Vorlagen betreffend die Sanierung von diversen Schulanlagen behandelt werden. Auch bei diesen Geschäften sind Baukredite zu bewilligen, ohne dass detaillierte Nutzungskonzepte vorliegen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt bekannt, dass bereits heute Räumlichkeiten im Haus zur Allee für Privatanlässe gemietet werden können. So kann beispielsweise auch der Disco-Raum in Absprache mit der Stadt gemietet werden.

Stadtrat Ruedi Riesen kann den Vorwurf von Pascal Porchet betreffend die Kiwanis-Spende nicht so annehmen und unbeantwortet im Raum stehen lassen. Mindestens drei Mal hatte er Gespräche mit dem Kiwanis-Club geführt und diesem präzise erklärt, weshalb das Projekt nicht in den Entwicklungsplan bzw. Voranschlag aufgenommen werden konnte. Das Projekt betreffend der Allee-Gestaltung liegt spruchreif vor und könnte schon nächste Woche dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Dies ist jedoch nicht möglich, da der notwendige Baukredit weder im Entwicklungsplan noch im Budget eingestellt wurde.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK zu und genehmigt einen Sanierungskredit in der Höhe von CHF 800'000.--.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) erklärt, dass der erste stadträtliche Antrag der Vorlage Nr. 2011/184 dem zweiten BPK-Antrag gemäss Vorlage Nr. 2011/184a als Gegenantrag gegenüber zu stellen ist.

Adrian Mächler (FDP) stellt einen Ordnungsantrag und hält fest, dass der Rat mit der vorgängig beschlossenen Kreditbewilligung auch dem Sanierungskonzept gemäss Stadtratsantrag zugestimmt hatte. Dem Stadtrat wird empfohlen, seinen Antrag betreffend der Zustimmung des Sanierungs- und Nutzungskonzeptes zurückzuziehen, denn der Einwohnerrat kann ja nicht über einen halben Antrag abstimmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass der Stadtrat seinen ersten Antrag betreffend dem Sanierungs- und Nutzungskonzept zurückzieht.

://: Dem Antrag der BPK wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und dem Stadtrat empfohlen, dem Einwohnerrat ein Nutzungskonzept der Liegenschaft durch Jugendarbeit und weitere Nutzer vor der Realisierung der Sanierung vorzulegen.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem BPK-Antrag zugestimmt und dem Stadtrat empfohlen, die Aussenraumgestaltung (Sitzarena, Brücken, Gestaltung Orisbach) gleichzeitig mit der Gebäudesanierung durchzuführen.

**360 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Waldbaulinienpläne Los 3 – Burghalden (Plan 1), Sichteren (Plan 19), Laubiboden, Weiermätteli, Munzach (Plan 20), Brüelmatten (Plan 21), Hasenbüel (Plan 23), Guetsmatten (Plan 24), Chessel (Plan 25), Weiermatt (Plan 26) - Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2011/194, Nr. 2011/194a)**

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/194a und hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte fest: Vom Rat sind bereits die Waldbaulinienpläne vom Los 1 und Los 2 bewilligt worden. Liestal ist relativ grosszügig beim Zurücksetzen von Waldbaulinien, damit der Siedlungsraum vernünftig genutzt werden kann. Auch in der Bevölkerung war der neue Waldbaulinienplan nicht gross umstritten, sind doch im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens nur gerade drei Rückmeldungen eingegangen. Diese konnten dann auch problemlos berücksichtigt und integriert werden. Auch in der BPK war keiner der Waldbaulinienpläne umstritten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GP) sagt, es sei nicht immer einfach, die Waldbaulinienpläne gemäss kantonaler Gesetzgebung festzulegen. Ihre Fraktion würde es noch interessieren, welche Waldbaulinien noch festzulegen sind. Dem BPK-Antrag wird zugestimmt.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion den Waldbaulinienplänen zustimmen wird.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert, dass in Liestal ausserhalb der Norm des Kantons näher an die Wald gebaut werden kann, was den Eigentümern von Bauland sicher entgegen kommt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden. Da die BPK beantragt, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen, kann über die Anträge gemäss Stadtratsvorlage Nr. 2011/194 abgestimmt werden.

**://:** Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat die Waldbaulinienpläne Los 3, bestehend aus Burghalden (Plan 1), Sichteren (Plan 19), Laubiboden, Weiermätteli, Munzach (Plan 20), Brüelmatten (Plan 21), Hasenbüel (Plan 23), Guetsmatten (Plan 24), Chessel (Plan 25), Weiermatt (Plan 26).

**://:** Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, dass die in diesem Bereich bestehenden Baulinienpläne gemäss Beilage zum Planungsbericht aufgehoben respektive mutiert werden.

**361 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Amtsbericht 2011 – Bericht der Geschäftsprüfungskommission  
GPK (Nr. 2012/206, Nr. 2012/206a)**

Hans Rudolf Schafroth (SVP) nimmt Bezug auf den GPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/206a und hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte fest: Dem Stadtrat und der Verwaltung wird an dieser Stelle der beste Dank für die Berichterstattung gemäss vorliegendem Amtsbericht sowie die Beantwortung der GPK-Fragen betreffend der Stadtratsvorlage Nr. 2012/206 ausgesprochen. Der Amtsbericht ist ein wichtiges Instrument, welches über die Arbeiten des vergangenen Jahres informiert. Vor sieben Jahren musste er sich als GPK-Mitglied über den damals schlecht verfassten Amtsbericht beklagen, weshalb dieser vom Stadtrat auch nochmals überarbeitet werden musste. Nach wie vor wird der Amtsbericht von der GPK genau gelesen. Auch im Amtsbericht 2011 wurden Schreibfehler gefunden. Stadtrat und Verwaltung können deshalb auf weitere Tests der GPK verzichten und die nächsten Amtsberichte absolut fehlerfrei dem Einwohnerrat abliefern.

Meret Franke (GL) berichtet, ihre Fraktion erachte den Amtsbericht 2011 als umfangreich. Erfreut habe man zur Kenntnis genommen, dass auch der Langsamverkehr als Berichtspunkt aufgenommen wurde und diesbezüglich schon einige Projekte umgesetzt worden sind. Speziell sei auch das Schulprogramm erwähnt, das dem Umgang mit der Heterogenität, der sprachlichen und sozialen Frühförderung sowie Schüler- und Elternfeedbacks begegnet. Die Grüne Fraktion genehmigt den Amtsbericht 2011 einstimmig.

Pascal Porchet (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion wird dem vorliegenden Amtsbericht zustimmen. Er macht darauf aufmerksam, dass der Amtsbericht 2011 unter gewaltigem Zeitdruck von der GPK behandelt werden musste. Einzelne Punkte konnten nicht so behandelt werden, wie man sich dies vorstellt und wünscht. Es wäre deshalb zu begrüssen, wenn künftig für alle Beteiligten längere Fristen eingeräumt werden könnten.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) nimmt aus persönlichen Gründen Stellung zu der Konfessionsstatistik auf Seite 30 des Amtsberichtes. Als Angehörige einer freien evangelischen Kirche sehe sie sich überhaupt nicht als konfessionslos.

Christine Mangold (SP) hält fest, dass der Amtsbericht über das Vorjahr klar und gut abgefasst sei. Alle Fragen der GPK-Mitglieder wurden vom Stadtrat und der Verwaltung zufriedenstellend beantwortet. Ihre Fraktion wird dem Amtsbericht 2011 ebenfalls zustimmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das vorgängige Votum ihre Fraktionskollegin Doris Lagnaz und regt an, dass die evangelischen Freikirchen separat ausgewiesen werden. Mit der Zuordnung dieser Kirchen in die Kategorie „konfessionslos“ finden sich diese wieder zusammen mit Sekten, den Zeugen Jehovas usw. in den Statistiken.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf den Berichtspunkt 3.1 „Ersatz Hardware“, in welchem festgehalten wird, dass das Ziel für eine kostengünstige Ersatzanschaffung erreicht wurde. Nach Vorliegen der Rechnung 2011 stellte sie fest, dass die Anschaffung schlussendlich wesentlich teurer war, als diese veranschlagt wurde. Sie hoffe nun doch, dass zumindest die künftigen Unterhalts- und Energiekosten wesentlich günstiger werden, wie dies im Amtsbericht prognostiziert wird.

://: Gemäss Antrag des Stadtrates und der GPK genehmigt der Einwohnerrat einstimmig den Amtsbericht 2011.

**362 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Kreis Liestal –  
Vertrag (Nr. 2012/220)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass vom Büro keine Empfehlung bezüglich der weiteren Behandlung der stadträtlichen Vorlage abgegeben wird.

Die Fraktionssprecher möchten sich deshalb zuerst nur dazu äussern, ob die Vorlage Nr. 2012/220 an der heutigen Sitzung direkt beraten oder an eine einwohnerrätliche Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Jürg Holinger (GL) führt aus, dass die Grüne Fraktion den Antrag stellt, das Geschäft an die GOR-Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Es ist auch seiner Fraktion klar, dass vieles schon gegeben und Zeitdruck vorhanden ist. Und gerade weil ein Zeitdruck vorhanden ist, macht es Sinn, ein paar Dinge genauer anzuschauen. Die stadträtliche Vorlage lässt ein paar Fragen offen. So wäre die Abbildung eines Organigrammes zum besseren Verständnis sinnvoll gewesen. Wie verhält es sich mit den Kosteneinsparungen bzw. welche Kosten fallen vorher bzw. nachher an? Mit der Neuorganisation werden viele Büroeinrichtungen feil und weshalb müssen diese nun neu angeschafft werden? Die GOR ist sicher keine ideale Kommission für die Vorberatung des Geschäfts und Beurteilung der Fragen. Und wie bereits an der heutigen Sitzung schon einmal erwähnt wurde, würde die Bildung einer Kommission „Soziales“ durchaus Sinn machen, denn auch die Vorlagen betreffend familienergänzenden Tagesstrukturen etc. könnten von dieser Kommission beraten werden. Die Grüne Fraktion wird dafür sorgen, dass die Bildung einer solchen Kommission im Einwohnerrat wieder thematisiert wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass auch ihre Fraktion den Antrag für eine Vorberatung der Vorlage durch die GOR unterstützen wird. In ihrer Fraktion sind folgende Fragen zu diesem komplexen Geschäft zusammengekommen: Wie hoch sind die einmaligen und wiederkehrenden Kosten? Was passiert mit den Angestellten der bisherigen Vormundschaftsbehörden? Wie verhält es sich mit den KESB-Angestellten bzw. den Fachleuten?

Patrick Mägli (SP) berichtet, die SP-Fraktion stimme einer Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die GOR ebenfalls zu. Verträge sind demokratiepolitisch immer etwas heikel, wenn sich die Legislative zu diesen nur mit einem Ja oder einem Nein äussern kann. Die KESB bringt eine Professionalisierung der Vormundschaftsbehörden mit sich und in der Vorlage wird sehr wenig über die ausführenden Organe bzw. die bisherigen Amtsvormundschaften gesagt. In der Vorlage werden an verschiedenen Orten verschiedene Zahlen genannt, doch was die KESB schlussendlich kosten wird, ist nicht ersichtlich.

Adrian Mächler (FDP) meint, dass eine Überweisung der Vorlage an die GOR angesichts der heute formulierten Fragen sicher Sinn macht.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, dass der vom Kanton zur Verfügung gestellte Muster-Vertrag für die KESB des Kreises Liestal übernommen wurde. Alle Vertragsgemeinden müssen den Vertrag durch den Einwohnerrat bzw. die Gemeindeversammlung absegnen lassen. Gut wäre es, wenn der GOR-Bericht anfangs September 2012 vorliegen würde, damit es nicht zeitkritisch wird.

://: Mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme wird der KESB-Vertrag an die GOR zur Vorberatung überweisen.

**363 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Interpellation von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Liestals Finanzen – Schriftliche Antwort Stadtrat (Nr. 2012/212, Nr. 2012/212a)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass vom Stadtrat gemäss Voranzeige an der letzten Sitzung die schriftliche Beantwortung der Fragen des Interpellanten mit der Vorlage Nr. 2012/212a vorgenommen wurde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält als Interpellant fest, dass er mit den Antworten einverstanden sei, jedoch die Diskussion wünsche.

Ausgangslage seines Vorstosses war seine Sorge um die langfristige Entwicklung Liestals. Schaut man über die Landesgrenzen hinaus, kann man feststellen, dass die Volkswirtschaft sehr schnell zu Boden geritten werden kann, wenn der Staat mit den Finanzen nicht sorgfältig umgehen kann. Die Antworten von Stadtrat Peter Rohrbach sind sorgfältig, geben einen guten Überblick, haben aber keine wesentlichen neuen Erkenntnisse zu Tage gebracht. Er verzichte darauf, auf jede einzelne Frage und Antwort einzugehen. Auch möchte er keine Vergangenheitsbewältigung betreiben, sondern den Einwohnerrat bezüglich der finanziellen Lage etwas aufrütteln. Als wichtigste Eckwerte der Zukunft seien erwähnt: Bei den Schulhäusern ist ein Sanierungsbedarf von rund 30 Mio. Franken vorhanden; bei den Strassen sind es rund 7 Mio. Franken an dringendem Sanierungsbedarf; es ist mit rund 36 Mio. Franken für Pensionskassen-Nachzahlungen zu rechnen, wobei sich dieser Betrag gar noch verdoppeln könnte; die Pflegekosten steigen an; die Harmos-Folgen werden auch eine Stange Geld kosten; mittelfristig werden auch die Steuererträge sinken. Bei einer mittelfristigen Betrachtung der Finanzlage Liestals sieht die Zukunft düster aus und deshalb muss auch der Einwohnerrat mit den Finanzen sorgfältig umgehen. Bei einem sorgfältigen Umgang mit den Finanzen wird man sich auch weiterhin den momentanen Sozialstaat leisten können.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass man auch künftig abwägen müsse, ob die Balance zwischen Instandsetzung und Instandhaltung richtig sei. Die Beantwortung der interessanten Fragen des Interpellanten brachte einige Inputs mit sich, welche beim nächsten Entwicklungsplan einfließen werden. In den letzten Jahren ist die stadträtliche Strategie auch immer wieder klar im Einwohnerrat kommuniziert worden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen des Interpellanten.*

**364 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Reklame-Reglement, Ergänzung/Revision – Bericht Stadtrat zur Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion (Nr. 2005/46d – 2005/46e)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) erklärt, das Büro empfehle dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2005/46e an die Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) zur Vorberatung. Die Fraktionssprecher möchten sich nun zum Vorschlag des Ratsbüros äussern.

Martin Spiess (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion den Vorschlag des Ratsbüros unterstütze.

Elisabeth Spiess (GL) sagt, auch die Grüne Fraktion spreche sich für eine Überweisung der Vorlage an die GOR aus.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) orientiert, die Überweisung der Vorlage Nr. 2005/46e an die GOR werde von ihrer Fraktion befürwortet.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, auch seine Fraktion werde der Überweisung zustimmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass sie als Mitunterzeichnerin der Motion die Vorberatung der stadträtlichen Vorlage durch die GOR ebenfalls befürworte.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, es freue ihn wahnsinnig, dass er noch vor Ablauf seiner Amtszeit als Stadtrat das neue Reklamereglement im Parlament einspeisen durfte. Das Reglement wurde stark gestraft und die Vorgaben der GOR gemäss Aufzählung in der stadträtlichen Vorlage Nr. 2005/46e grösstenteils bei der Reglementsrevision berücksichtigt.

Michael Bischof (FDP) möchte der GOR mitgeben, dass anscheinend einige Punkte neu in der Verordnung zum Reklame-Reglement geregelt werden. Es ist zu beachten, dass der Einwohnerrat zu den Bestimmungen auf Verordnungsstufe keinen Einfluss nehmen kann. Vielleicht könnte im Reglement auch ein sogenanntes Schiedsgericht eingebaut werden, welches bei Unstimmigkeiten oder Einsprachen zum Einsatz kommen könnte.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2005/46e wird einstimmig an die GOR-Kommission zur Vorberatung überwiesen.

**365 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**10. Postulat von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend Oeko-Taxi in Liestal, Bericht Stadtrat (Nr. 2009/80, Nr. 2009/80a)**

Pascal Porchet (FDP) nimmt als Postulant zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2009/80a Stellung und hält folgende Punkte fest: Das Postulat ist in März 2010 einstimmig an den Stadtrat überwiesen worden. Idee und Ziel seines Vorstosses war die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, die Vorbildfunktion von Liestal als Energiestadt zu stärken, die erneuerbarer Energien zu fördern und die Oeko-Taxis bzgl. der Standplätze zu priorisieren. Er sei schon erstaunt, dass man bezüglich dem ursprünglichen Sinn und Zweck des Vorstosses nicht den Postulanten kontaktiert, sondern sich von München bis nach Luxemburg umgehört habe. Die vorgeschlagenen Massnahmen habe er zur Kenntnis genommen, betreffend dem Vollzug habe er gewisse Bedenken, doch kann er sich mit der Abschreibung seines Postulates einverstanden erklären.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion sei der Meinung, der Stadtrat habe das Postulat gut beantwortet. Die vorgemerkten Taxistandplätze sind gut ausgewählt und auch die Vergabekriterien werden befürwortet. Dem Postulanten möchte sie mitgeben, dass die Antworten zu eingereichten Vorstössen oftmals nicht den Erwartungen der Verfasser entsprechen. Im vorliegenden Fall scheint man aber doch mit kleinen Schritten in die richtige Richtung zu gehen. Ihre Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) sagt, ihre Fraktion unterstütze ebenfalls die definierten Vergabekriterien und wird der Abschreibung des Vorstosses zustimmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält ergänzend zum stadträtlichen Bericht fest, dass die Taxi-standbewilligungen vom Kanton erteilt werden. Die Stadt kann lediglich Plätze für die Taxis zur Verfügung stellen und an Bedingungen knüpfen. Das jetzige Binnenmarktgesetz soll bezüglich der Taxis liberalisiert werden, damit beispielsweise Leerfahrten vermieden werden können.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat vom Bericht Kenntnis und schreibt das Postulat Nr. 2009/80 als erfüllt ab.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Markus Meyer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann